

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend LKW-Transit im Mattigtal stoppen

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö Landesregierung wird aufgefordert, im Hinblick auf den durch die Errichtung der deutschen A94 steigenden Lkw-Transit im Innviertel geeignete Maßnahmen zu setzen, um das Mattigtal vor der drohenden Zunahme des Verkehrs bestmöglich zu schützen. Dabei soll sichergestellt werden, dass der Lkw-Transitverkehr über die Autobahnen abgewickelt wird.

Begründung

Aufgrund des Ausbaus der deutschen A94 gibt es die begründete Befürchtung, dass im Bezirk Braunau, vor allem an der B147 und der B156, ein Anstieg der Verkehrszahlen nicht zu verhindern sein wird. Der Abschnitt von der Anschlussstelle Pocking bis zur Stadt Simbach (anschließend weiter auf Oö. Landesstraßen wie B156 bzw. B147 nach Salzburg zur A1 bzw. A10) stellt einen international verwendeten Korridor für die Nord-Süd Verbindung der Metropolregionen Berlin – Dresden – Prag mit dem Mittelmeerraum Udine – Triest – Koper dar. Gleichzeitig stößt das bestehende höherrangige Straßennetz bereits jetzt in den Spitzenstunden an seine Kapazitätsgrenzen.

Der steigende Verkehr verursacht nicht nur verstopfte Straßen, sondern belastet durch Lärm und Luftschadstoffe auch Mensch und Umwelt. Die Oö. Umwelthanwaltschaft wies bereits 2016 darauf hin, dass in Zusammenhang mit der Errichtung der deutschen A94 die Aspekte der Verkehrsverlagerung nicht unberücksichtigt bleiben dürfen, da damit absolut unerwünschte Effekte auf dem untergeordneten Straßennetz (Landesstraßennetz) in Oberösterreich eintreten würden. Es sollten daher entsprechend gegensteuernde Maßnahmen wie ein flächendeckendes Mautsystem aller höherrangigen Straßen bzw. tonnenbezogene Einschränkungen für den Durchzugsverkehr im Mattigtal als Abhilfe angedacht werden.

Die UnterzeichnerInnen dieses Initiativantrages sind der Ansicht, dass die Menschen im Mattigtal nicht mit der drohenden LKW-Transitlawine alleine gelassen werden dürfen und fordern daher umgehend Maßnahmen ein, damit der Transitverkehr über das hochrangige Straßennetz, die Autobahnen, abgewickelt wird. Das soll die Bevölkerung entlasten, die Verkehrssicherheit erhöhen und den regionalen Wirtschaftsstandort stärken.

Linz, am 5. November 2019

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

**Rippl, Makor, Weichsler-Hauer, Peutlberger-Naderer, Promberger, Bauer, Müllner,
Krenn, Schaller, Lindner, Binder**

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Hirz, Böker, Mayr